№ 100
B 50
Abend-Ausgabe
Berlin
Mittwoch, 28. Februar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Mit Kurszettel

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur im Amen d. Handelsst.: Jul. Riban, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3690. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Poincarés Doppelzüngigkeit

Die Veröffentlichung über die jüngste Londoner Konferenz, die von französischer und englischer Seite vorgenommen werden, sind für Deutschland von grundlegender Bedeutung. Die Auszüge, die die „Vossische Zeitung" bisher veröffentlichen konnte, stammen aus dem französischen Gelbbuch. Um so beweiskräftiger ist ihr Inhalt, soweit er Zeugnis gegen die französische Politik ablegt.

Es ist kennzeichnend für Poincarés advokatorische Doppelzüngigkeit, wenn er in der Oeffentlichkeit versicherte, er habe bei den Londoner Verhandlungen am 10. Dezember nicht den Vorschlag einer gemeinsamen Besetzung des Ruhrgebiets gemacht, während sich aus dem Protokoll ergibt, daß dieses Dementi sich höchstens auf die Form der Anregung beziehen kann, die nicht als förmlicher Vorschlag erfolgte, wenn auch so eindringlich und ernsthaft, daß Bonar Law mit recht den Eindruck gewinnen mußte, daß es sich um einen feststehenden Plan handelte.

Aber noch viel charakteristischer ist die Tatsache, daß Poincaré die Einmarschpläne seinen Verbündeten dadurch mundgerecht zu machen suchte, daß er Deutschland bei ihnen denunzierte. Er sprach davon, die deutschen Industriellen hätten wiederholt persönlich bei ihm Schritte unternommen, „buchstäblich hinter dem Rücken der Verbündeten Frankreichs", um mit diesem „über die Kohlenfrage, die Ausführung der Versailler Wirtschaftsbestimmungen und ein Wirtschaftsabkommen, dem umfassende politische Abmachungen würden, zu verhandeln". Diese Denunziation ist noch dazu offenbar in einer entstellten Form erfolgt. Deutschland hat in der Tat wiederholt das Angebot gemacht, alle zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Fragen zu erörtern. Da von französischer Seite immer wieder erklärt wurde, daß als wesentlichste Garantie die Beteiligung der Industrie gefordert werden müsse, so hat sowohl die Regierung Wirth wie das Kabinett Cuno in Paris durch den deutschen Botschafter wissen lassen, daß führende deutsche Industrielle — die von Poincaré erwähnten Herren Stinnes, Klöckner und Silverberg — bereit seien, über die Gesamtheit der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zu verhandeln. Es ist eine bösartige Irreführung, wenn Poincaré immer wieder den Anschein zu erwecken sucht, als habe es sich bei diesem Angebot um irgendwelche Heimlichkeiten gehandelt. Es muß ihm bekannt sein, daß die erwähnten Persönlichkeiten im Einverständnis mit der deutschen Regierung handeln und verhandeln wollten.

Bei früheren Gelegenheiten hat man sich in Paris darüber beklagt, daß Deutschland nicht direkt mit Paris sprechen wolle, sondern sich immer wieder irgendwelcher Mittelsmänner in London oder gar in Washington zu bedienen versuche. Im Herbst vorigen Jahres wurde, wie Poincaré bestätigt, „wiederholt" versucht, direkt mit Paris zu verhandeln. Die Antwort ist die heuchlerische Denunziation, daß man das arme Frankreich zur Untreue habe verleiten wollen.

Die französische Regierung hat ferner immer wieder zu verstehen gegeben, ihr Mißtrauen gelte weniger der deutschen Regierung, die möglicherweise den besten Willen habe, sondern aber den wahren Beherrschern Deutschlands", den Leitern der Schwerindustrie, die allein zahlen und Leistungen verbürgen könnten, während die Regierung ihnen gegenüber ohnmächtig sei. Die Regierung, und zwar Wirth wie Cuno, läßt daraufhin anfragen, ob man in Paris die führenden Industriellen hören wolle, und die Antwort ist die heuchlerische Denunziation, als strebten die Industriellen danach, sich persönliche Vorteile durch heimliche Verhandlungen zu verschaffen.

Wenn man die französischen Dokumente liest, gewinne auch die Annahme wohl Glaubwürdigkeit, daß es die Schuld Poincarés gewesen sei, wenn auch die privaten Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Industriellen immer wieder im Sande verliefen. Die beteiligten deutschen Kreise erklären, daß die französischen Industriellen bis zu einem gewissen Punkt mit der offensichtlichen Absicht, zu einem Ergebnis zu gelangen, die Verhandlungen führten, daß aber jedesmal, wenn der prinzipiellen Fühlungnahme konkrete Besprechungen folgen sollten, ein Zurückzucken erfolgte, das die deutschen Unterhändler sich nur so erklären konnten, daß die französische Regierung inzwischen entsprechende Weisungen gegeben hatte.

Wie kann man dieses Verhalten Poincarés erklären? Wie anders als durch die Annahme, daß er tatsächlich die Politik der Gewalt um ihrer selbst willen zu betreiben, entschlossen war. Im Unterhaus gab es gestern ein Frage- und Antwortspiel, bei dem der englische Premierminister in sehr geschickter Weise diesen Eindruck zu unterstreichen wußte. Auf die Frage des früheren liberalen Ministers Simon gab er zu verstehen, daß die Bedingungen, von deren Erfüllung Frankreich die Räumung des Ruhrgebiets abhängig mache, als unerfüllbar gelten müssen.

Bisher hat die englische Regierung die verschiedenen Strömungen in der englischen öffentlichen Meinung sehr geschickt gegeneinander ausgespielt, um völlig freie Hand zu behalten. Möglicherweise wünscht sie jetzt den Druck auf Frankreich zu verstärken, wobei es noch sehr die Frage ist, ob das in der Absicht geschieht, die Reparationsfragen entwirren oder weiter als Mittel zu anderen politischen Zwecken zu verwenden.

Jedenfalls aber kann das deutsche Volk die Veröffentlichung des französischen Gelbbuches nur begrüßen. Dieses bestätigt für jeden unvoreingenommenen Beurteiler, daß es nicht an Deutschlands Haltung gelegen hat, wenn es nicht gelungen ist, die Ruhrbesetzung zu vermeiden.

J. E.

* * *

Der englische Schatzkanzler teilte in einer schriftlichen Antwort dem Unterhaus über die von Deutschland an England geleisteten Reparationen mit: Bis zum 30. April 1922 habe England erhalten in bar 637 Millionen Goldmark; direkt an das britische Besatzungsheer seien gezahlt worden Papiermark im Werte von 108 Millionen Goldmark. Die Sachleistungen einschließlich Einkünfte nach den Reparationsbedingungen betrugen 413 Millionen Goldmark. Dies mache zusammen 1 158 Millionen Goldmark. Zwischen dem 1. Mai 1922 und dem 31. Dezember 1922 sei eine weitere Summe von umgefähr 100 Millionen Goldmark für Abgaben nach den Reparationsbedingungen an Farbstoffen usw. eingegangen.

Frankreichs Besetzungsziele.

Annektion statt Reparation.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 28. Februar.

Das Gelbbuch über die letzten Reparationskonferenzen ist den Pariser Redaktionen erst gestern spätabends zugegangen und wird deshalb von den meisten Blättern nur ganz kurz erwähnt. Diejenigen Zeitungen, die heute morgen bereits auf den Inhalt eingehen, bezeichnen den Bericht über die Londoner Beratungen vom 10. Dezember als den interessantesten Teil der Veröffentlichung.

Zu der gestrigen Meldung über diesen Bericht ist nachzutragen, daß Poincaré seine erste Erklärung über den Nutzen der Ruhrbesetzung am 10. Dezember nicht in der Form eines direkten Vorschlages machte, sondern vorsichtig äußerte, er wolle einmal den Fall setzen, daß die Verbündeten sich zur gemeinsamen Besetzung von Essen und Bochum entschließen, und dann die von Frankreich erwarteten günstigen Folgen dieser Besetzung für die Regelung der Reparationsfrage darlegte. Poincaré hat später bekanntlich versichert, er habe in London die Besetzung des Ruhrgebietes mit seinem Worte vorgeschlagen.

In der Sitzung vom 10. Dezember hat Poincaré auch angegeben, unter welchen Bedingungen die Räumung des ohne Annektionsabsichten besetzten Ruhrgebietes erfolgen würde. Er bezeichnete die Erfüllung folgender Bedingungen seitens Deutschlands als notwendig: Reorganisation der deutschen Finanzen nach den Weisungen der Reparationskommission, Kontrollierung der Reichsbank und endgültige Installierung des Garantiekomitees in Berlin. In der gleichen Sitzung äußerte sich Poincaré noch, er würde, wenn der von ihm „gesetzte" Fall der Ruhrbesetzung eintäte, die Besetzung von Essen und Bochum als Druckmittel für die Verhandlungen mit Deutschland benutzen. Sollte Deutschland es ablehnen, die von den Verbündeten geforderten Garantien zuzugestehen, so würde man sich bemühen, aus dem Ruhrgebiet und aus dem Rheinland Einnahmen zu ziehen. Er mache sich keine Illusionen über die finanziellen Ergebnisse dieser Operation und besonders über den Ertrag der Zölle. Es sei sicher, daß die so erzielten Summen viel niedriger sein würden als die im Reparationsplan vorgesehenen Jahreszahlungen. Deshalb sei er dafür, daß zunächst ein Moratorium mit Pfändern gewährt und die Anleihe begünstigt werde, und daß, falls dieses Mittel versage, möglichst viel materiellen Gewinn aus den Pfändern zu ziehen sei.

Auf eine Frage Bonar Laws hin präzisierte Poincaré dann nochmals: Der Zweck der von ihm gewünschten Erfassung von Pfändern sei, Deutschland zur Unterbreitung ernster Vorschläge zu zwingen. Nach Unterbreitung solcher Vorschläge wolle er die Pfänder noch behalten, um die Ausführung der Vorschläge zu überwachen. Sollte diese Ausführung nicht erfolgen, so würde er sich bemühen, aus den Pfändern „möglichst große Einnahmen zu sichern".

Die linksradikale „Ere nouvelle" sagt, der Unterschied zwischen der Mäßigung, die Poincaré in London bewiesen und der gegenwärtigen Schärfe des französischen Vorgehens im Ruhrgebiet sei flagrant. Heute werde erklärt, es handle sich für Frankreich nicht allein mehr um die Reparationen, sondern zugleich um die Sicherheit seiner Grenze gegen einen neuen deutschen Angriff. Man müsse fragen, ob die französischen Pläne nicht durch den deutschen Widerstand im Sinne allzu weitgehender Lösungen umgewandelt worden seien. Frankreich erstrebe heute nicht nur Geld, sondern eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse. Das linksdemokratische Blatt „Oeuvre" erklärt, man könne Poincarés Vorgehen nicht unbarmherzige kritisieren, als er selbst es im voraus in London getan habe. Die Lage im Ruhrgebiet habe sich anders gestaltet, als Poincaré voraussah. Das Blatt meint, dies erkläre sich dadurch, daß Poincaré es unterlassen habe, bei dem Einmarsch ins Ruhrgebiet feierlich den Zweck dieser Besetzung und die Bedingungen für den Rückmarsch zu erklären.

Paris, 27. Februar. (W. T. B.)

Die Kammer hat heute nachmittag die Debatte über die neuen Militärgesetze fortgesetzt. General Hirschauer sprach für die 18monatige Dienstzeit. Zur Zeit des Waffenstillstandes, sagte er, habe man vorausgesetzt, daß der Friedensvertrag sowohl die Entwaffnung des Gegners als auch die Bezahlung der Reparationen und schließlich durch die Besetzung des linken Rheinufers die französische Sicherheit gewährleisten werde.

Was die Entwaffnung anlange, so habe man keine Gewißheit dafür, daß diese in Deutschland durchgeführt sei, denn, wenn man wisse, wieviel Waffen ausgeliefert oder zerstört worden seien, so könne man doch nicht feststellen, was die deutsche Regierung am 11. November 1918 besessen habe. Ferner beständen in Deutschland noch zahlreiche militärische Organisationen.

Was die Reparationen anlange, so habe sie Deutschland nicht bezahlt, sondern von den Geldern, die es verdiente, einen regelrechten Kriegsschatz angesammelt (!). Schließlich werde die Besetzung des linken Rheinufers nur noch durch Frankreich geschehen. Im übrigen stehe man im Rheinland und werde dort stehen bleiben, bis der letzte Heller bezahlt sei, den Frankreich zu bekommen habe. Inzwischen seien nach dem Waffenstillstand neue Tatsachen hervorgetreten, namentlich der Vertrag von Rapallo, der Frankreich zu denken geben müsse. Deutschland wisse sehr wohl, daß neue Kriegshandlungen, solange Frankreich das Rheinland besetzt halte, nicht auf französischem Gebiet sich abspielen würden, und deshalb verlange es als erste Vorauszahlung einer Verständigung immer die Räumung des linken Rheinufers. Im übrigen liege beim gegenwärtigen Stande der Dinge das linke Rheinufer, soweit das altbesetzte Gebiet in Betracht komme, immer noch im Bereich der auf dem rechten Ufer aufgestellten deutschen Kanonen. Wenn es zu einem Kampfe komme, müsse Frankreich sich unverzüglich decken, den Rhein überschreiten und den Kampf auf das rechte Ufer hinübertragen.

Simon und Bonar Law.

London, 27. Februar. (W. T. B.)

Im Unterhause fragte Simon den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Erklärung Millerands zur Ruhrfrage gelenkt worden sei, wonach Frankreich nichts zulassen würde, was es von seinem Ziel abdrängen könnte, und auf die Erklärung Poincarés, daß Frankreich das, was es ergriffen habe, nicht loslassen werde, **bevor die Schuld beglichen** sei, und ob die britische Regierung sich bei der französischen Regierung Sicherheit darüber verschafft habe, welches das Ziel Frankreichs bei der Fortsetzung der Invasion des Ruhrgebiets sei, und welches der Betrag der Schuld sei, deren Regelung Frankreich als Vorbedingung für die Zurückziehung verlange.

Bonar Law erwiderte: Ich glaube, keine von beiden Erklärungen enthält etwas Neues. Ich habe dem, was ich schon gesagt habe, nichts hinzuzufügen.

In Erwiderung auf eine weitere Anfrage sagte der Premierminister, der Betrag der Schuld sei wahrscheinlich die Summe, die im Jahre 1921 festgesetzt wurde. — Simon fragte: Ist das die Summe, von der Bonar Law erklärt hat, sie könne **unmöglich gezahlt** werden? Bonar Law erwiderte: Jawohl.

Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette" schreibt: Im Parlament sei gestern allgemein die Tatsache erörtert worden, daß es Simons gelungen sei, aus dem Premierminister das Eingeständnis herauszubekommen, daß Frankreich beabsichtige, das Ruhrgebiet besetzt zu halten, bis es das Unmögliche erreicht habe. Eine solche Lage sei natürlich unmöglich, sowohl konservative als auch liberale Mitglieder des Parlaments hätten gestern abend erklärt, daß die Lösung des Reparationsproblems und die Sicherung des europäischen Friedens nicht erreicht werden könnten durch die zahme Zustimmung zu den französischen Eingriff, in die die Regierung hineintreibe. Die Regierung könne jetzt nicht mehr länger vorgeben, daß die Zeit für den Versuch noch nicht gekommen sei, die Entwicklung einer gefährlichen Lage zu vermeiden. Diese Frage müsse jetzt ohne weitere Verzögerung beantwortet werden.

Die Haltung der Arbeiterpartei wurde jetzt im Lichte des Eingeständnisses Bonar Laws mit Interesse verfolgt werden. Man habe für heute die Veröffentlichung eines Manifestes der Arbeiterpartei erwartet. Der Entwurf habe jedoch nicht die notwendige allgemeine Zustimmung gefunden und müsse vor der Veröffentlichung noch abgeändert werden.

In einem Leitartikel greift „Daily Chronicle" die Haltung Bonar Laws in der anderen Frage schaff an und schreibt zu dem